ISSN 0721-0752

ZfSÖ

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

Wolfgang Kessler **3** **Chlor-Hähnchen für alle und andere Folgen eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU**

Johann Walter **6** **Überschussliquidität: Ursachen, Folgen und mögliche Antworten der Geldpolitik**

Felix Fuders **15** **Indexierte Währungen und Recheneinheiten als Mittel gegen Inflation und Finanzkrisen?**

Axel Thorndorff und Tobias Schütze **25** **Geldschöpfung und Zins – heute und morgen**

Thomas Betz **38** **Geldschöpfung, Vollgeld und Geldumlaufsicherung**

Dirk Löhr **47** **Unmoralische Steuerhinterziehung in einem unmoralischen Steuersystem**

Elisabeth Meyer-Renschhausen **49** **Von der Bodenfrage zum "Reclaim the Commons"**

Bijan Kafi **55** **Gemeinschaft gestalten aus Erfahrung: Die ägyptische SEKEM-Initiative**

59 **Personalien – Berichte – Bücher**

51. Jahrgang **180/181.** Folge **April 2014**

ZfSÖ

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Verlag für Sozialökonomie
Rettberg-Gauke Verlags- und Medienservice
Christianspries 23, 24159 Kiel
Telefon: 0431-679 36 50 | Telefax: 0431-679 36 51
eMail: info@rettberg-gauke.de
www.gauke.net

Jahresabonnement
(4 Folgen, derzeit 2 Doppelfolgen jährlich):
20,00 EURO incl. MWSt. und Porto.
Ermäßigtes Jahresabonnement:
Schüler, Auszubildende, Studenten & Erwerbslose bei entsprechendem Nachweis
15,00 EURO incl. MWSt. und Porto.
Abonnements verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht bis 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums gekündigt werden.
Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!

Auslieferung und Inkasso: Schmidt & Klaunig
Ringstraße 19, 24114 Kiel
Telefon: 0431-66064 0 | Telefax: 0431-66064 24
h.stamp@schmidt-klaunig.de

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken
— verantwortlich —
Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg
Telefon: 0441 - 36 111 797 [AB]
eMail: onken@sozialoekonomie.info

Redaktionsschluss: Ende Februar bzw. Ende August für die jeweils im April bzw. Oktober erscheinenden Doppelhefte.
Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.
Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.
Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich.
Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages.
Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird keine Haftung übernommen.
Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche Situation im deutschsprachigen Raum. Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V., Hamburg
Printed in Germany

"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"

1. Vorsitzender: Ass. jur. Fritz Andres
Dhaunerstr. 180, 55606 Kirn
Telefon/Telefax: 0 67 52 - 24 27
eMail: fritz.andres@gmx.de

2. Vorsitzender: Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin

www.stiftung-geld-boden.de

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet: "Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löhr

2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
Dipl.-Volkswirt Ass. jur. Jörg Gude
Geschäftsstelle:
Wiedel 13, 48565 Steinfurt
eMail: joerggude@aol.com

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch mächtige Gruppeninteressen und in zunehmendem Maße auch durch rechts- und linksextremistische Ideologien fehlgeleitet. Im Gegensatz dazu hat sich die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung eines jeden Menschen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, weder durch Monopole und Machtinteressen noch durch protektionistische Schranken verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Umwelt als einem Gemeinschaftsgut,
- der Verständigung zwischen Menschen und Völkern in einer weltoffenen Zivilgesellschaft,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.

Deutsche Fachpresse

www.sozialoekonomie-online.de
www.sozialoekonomie.info

Liebe Leserin und lieber Leser,

bekanntermaßen lehnen rund drei Viertel der Menschen in Deutschland gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Darüber setzte sich die Bundesregierung auf der EU-Ebene einfach hinweg und ließ mit ihrer Enthaltung dieser gravierenden Fehlentwicklung freien Lauf. Auch die hinter verschlossenen Türen geführten Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein sog. Freihandelsabkommen begünstigen die Durchsetzung von Konzerninteressen und höhlen die Demokratie aus. So fördert die Politik Resignation, Politikverdrossenheit und populistische Strömungen.

Sogenannte „Steuersünder" zur Rechenschaft zu ziehen, ist sicherlich richtig. Aber sie sind nur die Blüten im Sumpf eines nicht minder „sündhaften" Steuersystems, das wiederum nur ein äußerlich sichtbarer Ausdruck einer ganz und gar ungerechten Verteilung der Einkommen und Vermögen ist. Gerade hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung eine neue Studie vorgelegt, die das ganze Ausmaß der sozialen Ungleichheit zeigt (vgl. S. 64).

Die extreme soziale Ungleichheit zu verdeutlichen ist verdienstvoll, aber nur der erste Schritt, dem weitere Schritte auf dem Weg zu ihrer Überwindung folgen müssen. Doch was wäre überhaupt eine gerechtere Verteilung? Mit dieser zentralen Frage hält sich Ökonomie nicht lange auf. Stattdessen haben Philosophen und Sozialpolitiker ganze Bibliotheken mit Büchern über das kaum lösbare Rätsel gefüllt, wie sich unterschiedliche Leistungen gerecht bewerten lassen. Dabei wäre es doch viel sinnvoller, solche Untersuchungen mit einer klaren Unterscheidung zu beginnen zwischen Einkommensarten, mit denen Leistungen honoriert werden, und leistungslosen Einkommensarten – vor allem Bodenrenten und Kapitalzinsen bzw. die Liquiditätsprämie als Bestandteil der Zinsen – , die auf Privilegien beruhen. Sodann wäre zu überlegen, wie sich die leistungslosen Einkommensarten überwinden lassen. Erst wenn die Boden- und Ressourcenrenten an die Menschen zurückverteilt werden und wenn Geld- und Realkapitalrenditen um durchschnittlich Null pendeln, könnte man mit Recht von einer Leistungsgesellschaft sprechen. Wenn es also bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen keine Privilegien mehr gibt, wenn außerdem die an vielen Stellen im Wirtschaftskreislauf gleichsam punktuell konzentrierte Überschussliquidität abgebaut und sämtliche Liquidität in einen gleichmäßigen Fluss gebracht wird, wird es leichter sein als heute, die Entgelte für leitende und ausführende bzw. für kooperativ organisierte Tätigkeiten leistungsgerecht zu verteilen.

Der Mainstream der Ökonomie versäumt es bislang jedoch sträflich, die extreme soziale Ungleichheit und das mit ihr zusammenhängende Entstehen von Vermögensblasen näher zu erforschen. Geradezu grotesk war die letzte Verleihung des Ökonomie-Nobelpreises an Prof. Fama, der bekanntlich die Existenz von Vermögensblasen glatt abstreitet.

Im Windschatten der Ökonomie gibt es zwar alternative Denkansätze. Aber auch darin sind noch manche Fragen offen. Um deren Klärung wird zuweilen leidenschaftlich gerungen, wie um die schwierige Frage, ob die Geldschöpfung allein durch die Zentralbanken oder auch durch die Geschäftsbanken erfolgt und wie eine Geldreform damit umzugehen hätte. In diesem Heft stellen wir die verschiedenen Sichtweisen noch einmal nebeneinander und hoffen damit zu einer zukünftigen Klärung beizutragen. Zuguterletzt wollen wir nicht den Hinweis versäumen, dass die allzu lange verdrängte Bodenfrage wieder auf die Tagesordnung kommt, seitdem der Boden zu einem zunehmend lukrativen Anlageobjekt wird. Das Land Grabbing nimmt erschreckende Ausmaße an, so dass es unumgänglich wird, sich auch der vergessenen Landreformgedanken zu erinnern und sie als Beitrag zur Lösung heutiger Problemlagen zu aktualisieren.

Werner Onken

150. Geburtstag von Prof. Dr. Franz Oppenheimer

* 30. 3. 1864 in Berlin | † 30. 9. 1943 in Los Angelos

„Die Menschheit hat bisher noch niemals die ‚freie' Konkurrenz am Werke gesehen. Was sie irrtümlich so genannt hat, ist ihr Gegenpol, ist das, was strenge Wissenschaft die ‚beschränkte Konkurrenz' nennt, ist eine Abart des Monopols. Und wenn sich die Nutznießer dieses Monopols, dieser ‚beschränkten Konkurrenz', Liberale genannt haben, so ist das nicht anders zu bewerten als wenn ein Piratenschiff unter einer ehrlichen Flagge fährt."

Der Ausweg - Notfragen der Zeit (1919), in: Gesammelte Schriften Band 2, Berlin 1996, S. 50.

„Von freier Konkurrenz dürfen wir nur dort sprechen, wo keinerlei Monopol besteht; denn Monopol und freie Konkurrenz sind einander ausschließende Wechselbegriffe.

Nicht der Liberalismus ist der Gegensatz des Sozialismus, sondern der Pseudoliberalismus des Großbürgertums. Der echte Liberalismus der Anfänge hat immer die Abschaffung aller Monopole gefordert. … Es ist ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, es gebe nur einen Weg zum Sozialismus: den Weg über die Ausschaltung des Marktes und der Konkurrenz. Ich behaupte, dass es einen anderen Weg gibt, den der Herstellung der freien, der endlich wirklich freien Konkurrenz durch Beseitigung des Klassen bildenden Monopols der Bodensperrung.

Liberalismus und Sozialismus, die Gefäße der beiden großen Kulturgedanken: Freiheit und Gleichheit, sind nicht unvereinbar wie der Kollektivismus glaubt, weil er die beschränkte Konkurrenz unter dem Monopolverhältnis für die freie Konkurrenz anschaut. Die uralte Antithese … ist der Synthese fähig, ist versöhnbar. Wahrer Liberalismus und Sozialismus sind eins und dasselbe, die Freiheit führt zur Gleichheit und hält sie unerschütterlich aufrecht."

Die soziale Forderung der Stunde (1919), in: Gesammelte Schriften Band 2, Berlin 1996, S. 104 -107.

„Das Ziel ist selbstverständlich die Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa. Aber der Versuch, dieses Ziel mit einem Mal zu erreichen, hat keine Aussicht auf Erfolg. ... Man muss also schrittweise vorgehen. Und da ist notwendigerweise mit dem Paar der Großmächte zu beginnen, deren Erbfeindschaft die Hauptursache der europäischen Verwirrung ist: Frankreich und Deutschland."

Wie der Frieden aussehen sollte (1937/38), in: Gesammelte Schriften Band 2, Berlin 1996, S. 238.